

# SPD Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

c/o  
Auerstraße 13  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 45 93 520  
Telefax: 0208 / 45 93 523  
E-Mail: spd-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3**

## Antrag

**Nr.: A 15/0252-02**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**öffentlich****Datum:** 16.03.2015**Postversand:** 18.03.2015**Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Frau Vorsitzende Brigitte Erd des Ausschusses für Umwelt und Energie  
 Herrn Vorsitzenden Dieter Spliethoff des Jugendhilfeausschusses  
 Herrn Vorsitzenden Norbert Mölders des Bildungsausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:****Status:\* Datum: Gremium:**

Ö 24.03.2015 Ausschuss für Umwelt und Energie  
Ö 27.04.2015 Jugendhilfeausschuss  
Ö 18.05.2015 Bildungsausschuss

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

**Teilnahme am BUND-Programm "Zukunft ohne Gift"****Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom  
16.03.2015****Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung prüft die Teilnahme am BUND-Programm „Zukunft ohne Gift“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Auflistung von gefährdenden Stoffen zu erstellen, die im Mobiliar und in Spielsachen in den Kindertagesstätten und Schulen verarbeitet sind – wenn nötig unter Anwendung des europäischen Chemikalienrechtes auf Auskunft vom Handel.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept mit Finanzierungsplan zu erstellen, das die Beseitigung von gefährdenden Stoffen in Kindertagesstätten und Schulen zum Ziel hat.

### **Begründung:**

Untersuchungen des „Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland“ haben ergeben, dass insbesondere Kindergärten stark von sogenannten Weichmachern belastet sind. Diese Stoffe greifen in das Hormonsystem ein und stehen im Verdacht, Unfruchtbarkeit zu verursachen.

Die Belastung in Privathaushalten ist laut einer Vergleichsstudie des Umweltbundesamtes dreimal geringer als in Kindertagesstätten.

Die Verwaltung wird daher gebeten, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen und ein Konzept zu entwickeln, das die Belastung durch gefährdende Stoffe minimiert.

### **Gleichstellungsrelevante Aspekte**

**Ja**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden.)

**Nein**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen:

Ergibt sich aus dem Kontext der Drucksache.

gez. Dieter Wiechering  
Fraktionsvorsitzender

gez. Tim Giesbert  
Fraktionssprecher